

nehmen importierten zum größten Teil Maschinen- und Elektronikprodukte sowie Industriechemikalien. Die Importe von Maschinen und Anlagen dieser Unternehmen machten in den ersten neun Monaten insgesamt 10,34 Mrd. US\$ aus und sollen zum Anstieg des gesamten Außenhandelsdefizits beigetragen haben. (XNA, 13.11.93)

Das Handelsbilanzdefizit Chinas erhöhte sich bis Oktober auf 7,1 Mrd. US\$, da die Importe mit 28,1% wesentlich schneller anstiegen als die Exporte mit 6,4%. Auf Importe von Maschinen und Elektronikprodukten entfiel ein Anteil von 47,4% (36,19 Mrd. US\$).

Bis Oktober d.J. importierte China 227.000 Pkw (+87,7%) und 83 Flugzeuge (+59,6%). Auch die Importe von Rohstoffen waren besonders hoch. So stiegen die Einfuhren von Walzstahl um das Vierfache (23,48 Mio.t), von Stahlknüppeln um 60% (4,73 Mio.t), und auch die Importe von Rohöl erhöhten sich um mehr als die Hälfte. (XNA, 14.11.93)

---

## Binnenwirtschaft

---

\*(21)

### KPCh-Tagung verabschiedet Dokument über Ziele und Prinzipien der sozialistischen Marktwirtschaft

Die 3. Plenartagung des 14. ZK der KPCh, die vom 11. bis 14.11.93 durchgeführt wurde, verabschiedete den "Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über einige Fragen zur Einführung des sozialistischen Marktwirtschaftssystems". Das umfangreiche Dokument besteht aus insgesamt 50 Unterpunkten, die folgenden zehn Abschnitten zugeordnet sind:

1. Die neue Situation und neue Aufgaben, denen sich die Reform des Wirtschaftssystems gegenüber sieht.
2. Veränderung des Managementmechanismus der staatseigenen Industrie und Errichtung eines modernen Unternehmenssystems.
3. Kultivierung und Entwicklung des Marktsystems.

4. Veränderung der Regierungsfunktionen und Aufbau eines gesunden Systems der makroökonomischen Regulierung und Kontrolle.
5. Aufbau eines rationalen Systems der individuellen Einkommensverteilung und der sozialen Sicherung.
6. Vertiefung der Reform des ländlichen Wirtschaftssystems.
7. Vertiefung der Reform des außenwirtschaftlichen Systems und weitere Öffnung nach außen.
8. Weitere Reformen der Wissenschafts-, Technologie- und Bildungssysteme.
9. Verstärkung des Aufbaus des Rechtssystems.
10. Verstärkung und Verbesserung der Führung durch die Partei; bis zum Ende des Jahrhunderts soll das System der sozialistischen Marktwirtschaft in seinen Anfängen aufgebaut werden.

Das ZK-Dokument versucht, den Rahmen für die Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft in den 90er Jahren abzustecken und weist auf weitere notwendige Reformen hin. Mit der inhaltlichen und zeitlichen Konkretisierung der angesprochenen Reformmaßnahmen wird jedoch erst in den nächsten Monaten zu rechnen sein. Dem Dokument kommt vor allem die Funktion einer politischen Leitlinie nach einem langwierigen Abstimmungsprozeß innerhalb der Partei zu. Zwar enthält der Beschluß überwiegend bereits an anderer Stelle von der Partei vorgebrachte Forderungen im Zusammenhang mit der sozialistischen Marktwirtschaft, doch erscheinen einige Punkte der Wiederholung wert, und in einigen Bereichen werden auch weitergehende Reformansätze deutlich.

Im folgenden nun einige der wichtigsten bzw. neuen Aussagen als Ausschnitt aus den jeweiligen Abschnitten:

Zu Abschnitt 1) Punkt 2:

*Die Struktur der sozialistischen Marktwirtschaft ist mit dem grundlegenden System des Sozialismus verbunden.*

Der Aufbau der sozialistischen Marktwirtschaft hat das Ziel, dem Markt die grundlegende Funktion der Allokation der Ressourcen im Rahmen der staatlichen Makroregulierung und -kontrolle zuzuweisen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß

- am Prinzip der Priorität des öffentlichen Eigentums (*gongyoushi*) bei gleichzeitiger Entwicklung der übrigen Eigentumsformen festgehalten,

- die Veränderung der Managementmechanismen der staatlichen Unternehmen weiter fortgeführt,
- ein landesweit einheitliches und offenes Marktsystem mit enger Verbindung zwischen städtischen und ländlichen Märkten sowie inländischem und ausländischem Markt aufgebaut,
- die Funktion der Regierung bei der Wirtschaftsverwaltung verändert und ein gesundes System der Makroregulierung und -kontrolle errichtet,
- ein leistungsbezogenes und gerechtes System der Einkommensverteilung realisiert und
- ein soziales Sicherungssystem auf verschiedenen Ebenen konzipiert werden, das der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Stabilität dient.

Diese einzelnen Aspekte sind miteinander verbunden, bedingen sich gegenseitig und stellen den wesentlichen Rahmen der sozialistischen Marktwirtschaft dar.

Zu Abschnitt 2) Punkt 4:

*Ein modernes Unternehmenssystem mit öffentlichem Eigentum als Kern ist die Grundlage des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft.*

Die wesentlichen Merkmale des modernen Unternehmenssystems, das richtungweisend für die Reform der Betriebe sein soll, sind:

- Die Eigentumsrechtsbeziehungen sind eindeutig bestimmt; das Eigentumsrecht am staatseigenem Vermögen in den Unternehmen gehört dem Staat (*qiye zhong de guoyou zichan suoyouquan shuyu guojia*); Unternehmen verfügen als juristische Personen über ein Vermögensrecht (*caichanquan*) an den eingebrachten Investitionen, einschließlich der staatlichen, und unterliegen den im Zivilrecht festgelegten Rechten und Pflichten.

- Unternehmen nutzen das ihnen als juristischen Personen zustehende Kapital und führen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ein selbständiges Management mit eigener Verantwortung für Gewinn und Verlust durch, zahlen die entsprechenden Steuern und tragen die Verantwortung für die Werterhaltung und -steigerung des Unternehmensvermögens im Sinne der Investoren.



- Die Investoren haben entsprechend ihrer Kapitaleinlage bestimmte Eigentumsrechte wie das Recht auf Dividendenzahlung, auf Beteiligung an wichtigen Unternehmensentscheidungen und bei der Wahl der Unternehmensleitung. Muß ein Unternehmen Konkurs anmelden, sind die Investoren nur mit ihrem eingebrachten Kapital zur Deckung der Schulden verpflichtet.

- Die Unternehmen produzieren entsprechend der Marktnachfrage und betrachten die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die wirtschaftliche Effizienz als ihr Ziel. Die Regierung interveniert nicht direkt in die Produktions- und Managementaktivitäten der Unternehmen. Unternehmen, die über lange Zeit Verlust machen und die mit ihrem Vermögen die Schulden nicht decken können, sollen Konkurs anmelden.

- Es müssen auf wissenschaftlichen Kriterien basierende Systeme der Unternehmensführung und der Unternehmensorganisation errichtet, die Beziehungen zwischen Eigentümer, Manager und Beschäftigten reguliert und ein Managementmechanismus mit Anreizen und Sanktionen geschaffen werden. Alle Unternehmen sollen sich in diese Richtung hin entwickeln.

Das ZK-Dokument weist jedoch darauf hin, daß die Realisierung dieses oben beschriebenen "modernen Unternehmenssystems" eine schwierige, komplizierte Aufgabe darstellt, die eine Zusammenfassung der bisherigen Reformerfahrungen und die Schaffung der erforderlichen Bedingungen voraussetzt und nur schrittweise durchgesetzt werden kann. Zum derzeitigen Zeitpunkt sollen vor allem die Bestimmungen über den Transfer der Managementmechanismen verwirklicht und die finanziellen Belastungen der Unternehmen reduziert werden.

Punkt 8:  
*Festhalten am Prinzip des öffentlichen Eigentums als Kern bei gleichzeitiger Entwicklung der nichtstaatlichen Sektoren.*

Mit der Neuordnung der Eigentumsrechtsstrukturen werden zunehmend mehr Unternehmen verschiedene Eigentümer aufweisen, und insgesamt wird eine neue Eigentumsstruktur ent-

stehen. Bezogen auf die landesweite Situation soll das öffentliche Eigentum in der Volkswirtschaft die wichtigste Form sein, doch sind Abweichungen auf lokaler Ebene und in einzelnen Branchen möglich.

Zu Abschnitt 4) Punkt 18:  
*Die Finanz- und Steuerreformen müssen aktiv vorangetrieben werden.*  
Im Mittelpunkt der in nächster Zukunft durchgeführten Reformen stehen:

Das derzeitige System der lokalen vertraglichen Verantwortung im Finanzbereich (*difang caizheng baoganzhi*) soll auf der Basis der rationalen Gliederung der Entscheidungsrechte zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen in ein System mit Aufteilung der Steuern (*fenshuizhi*) umgewandelt und ein getrenntes Steuersystem für die Zentralregierung und die Lokalregierungen aufgebaut werden. Die Steuerarten, die für die Bewahrung der Rechte und Interessen des Staates und für die Durchsetzung der Makroregulierung und -kontrolle erforderlich sind, sind die Steuern, die die Zentralregierung erhebt. Die wichtigsten Steuerarten, die direkt mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängen, sind die Steuern, die aufgeteilt werden. Um das Steueraufkommen der lokalen Ebenen zu erhöhen, kann der Besteuerungsbereich für lokale Steuern vergrößert werden.

Das Steuersystem soll nach den Prinzipien eines einheitlichen Steuerrechtes, gerechter Steuerbelastung, Vereinfachung des Steuersystems und rationaler Aufteilung der Steuerhoheit reformiert werden. Es soll ein indirektes Steuersystem aufgebaut werden, das im wesentlichen auf der Mehrwertsteuer basiert, für eine kleine Anzahl von Gütern die Erhebung von Konsumsteuern vorsieht und wie bisher eine Umsatzsteuer von Unternehmen fordert. Durch die Reduzierung des Einkommenssteuersatzes für die staatlichen Betriebe und dadurch, daß Investebauittel für Schlüsselprojekte im Energie- und Transportsektor sowie Abgaben für den Ausgleich des Staatshaushalts nicht mehr erhoben werden, sollen die Staatsbetriebe entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen Steuern zahlen können.

Punkt 19:  
*Beschleunigung der Reform des Bankensystems.*

Unter der Führung des Staatsrats soll die Zentralbank unabhängig die Geldpolitik durchführen, das Geldangebot kontrollieren und die Währung stabilisieren. Hierbei soll die Zentralbank von der derzeitigen Verwaltung des Kreditvolumens zum Einsatz von Mindestreservesätzen, von Diskont- und Lombardsätzen [Leitzinsen] und zu einer Offenmarktpolitik übergehen.

Das Bankensystem wird reformiert mit der Gründung von Banken, die nach politischen Vorgaben Kredite vergeben (*zhengcexing yinhang*); zwischen diesen Banken und den Geschäftsbanken wird eine Aufteilung vorgenommen. Hierzu soll eine Nationale Entwicklungsbank (*jian guojia kaifa yinhang*) und eine Im- und Export-Kreditbank (*jinchukou xindai yinhang*) gegründet und diesen sowie der Landwirtschaftsbank nach entsprechender Reorganisation die Aufgabe politisch bestimmter Kreditzuteilung übertragen werden. Geschäftsbanken soll erlaubt werden, Einlagen- und Kreditzinsen innerhalb einer vorgegebenen Bandbreite selbstständig bestimmen zu können.

Punkt 22:  
*Rationale Aufteilung der Rechte in der Wirtschaftsverwaltung zwischen Zentralregierung und Lokalregierungen.*

Das Recht der Makroregulierung und -kontrolle, das die Ausgabe von Noten, die Bestimmung der Höhe der Leitzinsen, des Wechselkurses, der Zollsätze etc. umfaßt, muß auf der Ebene der Zentralregierung konzentriert werden. Dies ist erforderlich für die Aufrechterhaltung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, für die Optimierung der Wirtschaftsstrukturen und die Vereinheitlichung des nationalen Marktes. Da China ein großes Land ist und eine hohe Bevölkerungszahl aufweist, sollen die Provinzen, autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städte mit den notwendigen Entscheidungsrechten ausgestattet werden, um - in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Bestimmungen sowie der Makropolitik - regionale Bestimmungen, wirtschaftspolitische Maßnahmen und Pläne formulieren und über lokale Steuern und den lokalen Haushalt die lokalen Wirtschaftsaktivitäten regulieren zu können. -schü-



\*(22)  
Neue Steuergesetze

Zum 1. Januar 1994 wird ein neues Einkommenssteuergesetz in Kraft treten. Das Gesetz ("Zhonghua renmin gongheguo geren suodeshuifa" in *Fazhi Ribao* vom 2.11.93, übersetzt als "The Individual Income Tax Law of the People's Republic of China" in Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, 1.11.93, nach SWB, 10.11.93) basiert auf der ursprünglichen Gesetzesversion von 1980 und einer Ergänzung durch die "Decision on Amendments to the Personal Income Tax Law of the People's Republic of China" des Ständigen Ausschusses des NVK vom 31.10.93.

Nach dem neuen Gesetz müssen sowohl chinesische Bürger als auch in China lebende Ausländer Einkommenssteuern auf folgende Einkommensarten zahlen:

- Einkommen aus Löhnen und Gehältern
- Einkommen Einzelgewerbetreibender aus Produktion und Geschäftstätigkeit in Industrie und Handel (*geti gongshanghu de shengchan, jingying de suode*)
- Einkommen aus Übernahme und Pacht von Unternehmen und Institutionen (*dui qishiye danwei de chengbao jingying, chengzu jingying suode*)
- Einkommen aus selbständiger Arbeit
- Einkommen aus schriftstellerischer Tätigkeit
- Einkommen aus Lizenzen
- Einkommen aus Zinsen, Dividenden und Sonderdividenden
- Einkommen aus Verpachtung von Eigentum
- Einkommen aus Nebentätigkeiten
- Andere Einkommensarten, die als besteuertfähig von den Finanzabteilungen des Staatsrates erklärt werden.

Das neue Gesetz legt u.a. für Einkommen aus Löhnen und Gehältern, die einen monatlichen Freibetrag von 800 Yuan übersteigen, einen progressiven Steuersatz zwischen 5-45% fest. Für einkommenssteuerepflichtige Ausländer sollen höhere Freibeträge gelten; Sonderbestimmungen hierzu will der Staatsrat in Kürze beschließen. Die Einkommen der Einzelgewerbetreibenden und die Einkommen aus Übernahme und Pacht von Unternehmen

und Institutionen unterliegen einem progressiven Steuersatz in Höhe von 5-35%. Weiterhin legt das Gesetz fest, in welchen Fällen Steuerbefreiungen bzw. -reduzierungen möglich sind.

In einem Kommentar zum neuen Gesetz weist Jin Xin, Direktor des zentralen Steueramtes, auf die Unterschiede gegenüber der Version von 1980 hin. Wichtige Ergänzungen seien die Ausweitung des Geltungsbereiches, da sowohl chinesische Bürger als auch in China lebende Ausländer und Einzelgewerbetreibende erfaßt würden. Außerdem wären die wirtschaftlichen Veränderungen stärker einbezogen worden, da die Besteuerung auf fünf neue Bereiche angewendet würde. Die Steuerbelastung sei angemessen angepaßt und neue Bestimmungen über Steuerbefreiungen und -reduzierungen eingeführt worden. Zur Durchsetzung der neuen Bestimmungen sei jedoch erforderlich, so Jin Xin, die Steuereinnahmepraxis und -verwaltung deutlich zu verbessern. Diesem Ziel diene u.a. die geplante Einführung eines Systems der persönlichen Einkommenssteuerdeklaration und computergestützter Verfahren der Steuereinzahlung und -verwaltung sowie eine strenge Steuerprüfung.

Jin Xin nahm auch zu der ebenfalls geplanten Reform der Unternehmenssteuern Stellung. Diese sollen ab dem nächsten Jahr vereinheitlicht werden, wobei zunächst die Steuern der inländischen chinesischen Betriebe einheitlich gestaltet werden sollen (d.h. staatliche und andere Betriebe zahlen dann einen Steuersatz von 33%). Erst im zweiten Schritt sollen auch die Steuern der Unternehmen mit ausländischem Kapital angepaßt werden. Die Umsatz- und neu geplante Mehrwertsteuer werde allerdings auf alle Unternehmen in gleichem Umfang angewendet werden. Auf einige Konsumgüter werde außerdem eine zusätzliche Konsumsteuer erhoben; weiterhin sei im Dienstleistungsbereich eine Geschäftssteuer vorgesehen. Einzelheiten zur Reform der Unternehmensbesteuerung liegen noch nicht vor. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 18.11.93, nach SWB 20.11.93) -schü-

\*(23)  
Kommentar zur geplanten Steuerverteilung zwischen Zentralregierung und Lokalregierungen

Zur Reform des Steuersystems veröffentlichte die *Liaowang* am 25.10.93 ein Interview mit Ning Xueping, Leiter des Finanzwissenschaftlichen Instituts (ohne nähere Angaben). Ning Xueping widersprach in dem Interview der Sichtweise, daß das neu einzuführende System der Aufteilung von Steuern zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen lediglich eine "Rezentralisierung von Rechten" und Rückkehr zur alten Praxis der "einheitlichen Kontrolle des Staates über Einnahmen und Ausgaben" sei. Das Ziel der Steuerreform wäre vielmehr die Standardisierung der Verteilungsbeziehungen zwischen der Zentralregierung und den lokalen Regierungen, die Stärkung der Fähigkeiten der Zentralregierung, eine Makroregulierung und -kontrolle durchzusetzen, die Herstellung von einheitlichen Bedingungen für das System der sozialistischen Marktwirtschaft sowie die Förderung der koordinierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Das derzeitige Steuersystem sei durch einen stark abnehmenden Anteil der Einnahmen der Zentralregierung bei gleichzeitig steigendem Ausgabenanteil charakterisiert. Im Jahre 1992 beispielsweise entfiel auf die Zentralregierung ein Anteil von 40,3% an den gesamten Finanzeinnahmen, auf die Lokalregierungen dagegen 59,7%. Bezogen auf die finanziellen Ausgaben belief sich der Anteil der Zentralregierung auf 31,3% und der Anteil der Lokalregierungen auf 68,7%. Notwendig sei, so Ning Xueping, eine Aufteilung der Finanzeinnahmen derart, daß auf die Zentralregierung ein Anteil von über 50% entfalle.

Gegenüber der Reform des Steuersystems hätten die Lokalregierungen, abhängig von ihrer jeweiligen Finanzsituation, durchaus unterschiedliche Erwartungen. So befürchteten Lokalregierungen mit hohen Finanzeinnahmen, daß sie durch die Steuerreform Einschränkungen hinnehmen müßten und bezeichneten deshalb diese Reform als Rückschritt zum alten System.



Als grundlegende Voraussetzungen für das neue Steuersystem mit Aufteilung der Steuern nannte Ning Xueping die weitgehende Kompetenzverteilung zwischen Zentralregierung und Lokalregierungen, die Aufteilung der Finanzeinnahmen nach Steuerarten, Genehmigung von Finanzausgaben entsprechend (weitgehend) rationalen Anforderungen, die Errichtung eines standardisierten Systems der Steuer-rückzahlung und spezieller Mittelzuweisungen, die Gründung von Steuerorganen, die getrennt die Steuern der Zentralregierung und der Lokalregierungen erheben sowie die Steuern, auf die beide einen Anspruch haben.

Ning zufolge wird die Einführung des neuen Steuersystems zwar nicht die Interessen der Lokalregierungen insgesamt verletzen, doch eine Neuanpassung unterschiedlicher Belange darstellen. Nach der Einführung des Steueraufteilungssystems sei es auf jeden Fall nicht mehr möglich, daß Lokalregierungen Steuerzahlungen an die Zentrale willkürlich reduzieren oder ganz unterlassen. Auch könnten sich die Lokalregierungen bei finanziellen Schwierigkeiten nicht immer bei der Zentrale rückfinanzieren. -schü-

\*(24)

#### "Ordnung im Finanzsektor wieder hergestellt"

Die Durchführung der Makrokontrolle hat nach Angaben von Dai Xianglong, stellvertretender Präsident der Zentralbank, die ins Chaos geratene Ordnung im Finanzsektor wieder in normale Bahnen gebracht. Von Ende August bis Mitte Oktober seien an die Spezialbanken 150 Mrd. Yuan Kredite vergeben worden, um die Mittelzuweisung für die staatlichen Schlüsselprojekte zu garantieren und um die gesunde, kontinuierliche und schnelle Entwicklung der Gesamtwirtschaft zu fördern.

Mit Blick auf einzelne Indikatoren im Finanzsektor bis Oktober d.J. könnten die Auswirkungen der Makrokontrollpolitik an folgenden Entwicklungen abgelesen werden:

- Die Geldmengenausweitung konnte reduziert werden. Im 1. Halbjahr d.J. betrug die höchste monatliche Wachstumsrate (im Juni) des Geld-

umlaufs 54%. Bis Ende Oktober konnte die Zuwachsrate um 15% auf 38,6% gesenkt werden.

- Die Spareinlagen sind in großem Umfang gestiegen. Als Ergebnis der Anhebung von Spar- und Kreditzinsen im Mai und im Juli d.J. durch die Zentralbank hätten sich die privaten Sparguthaben in den letzten Monaten wieder erhöht. Bis Ende Oktober beliefen sich die privaten Spareinlagen in den ländlichen und städtischen Gebieten auf 1.423 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 29,2%.
- Die Mindestreserven der Spezialbanken weisen eine Zunahme um 10% auf.
- Der Wechselkurs auf den Devisen-Swapmärkten konnte auf ein Niveau von 8,7 Yuan : 1 US\$ stabilisiert werden.

Dai führte auch die Verbesserung der Zahlungsfähigkeit der Unternehmen an. Die Einlagen der Unternehmen beliefen sich weiterhin auf 600 Mrd. Yuan Ende Oktober, so daß die Industriebetriebe eine vernünftige Wachstumsrate beibehalten könnten. Mit sinkenden Konsumausgaben, so Dai, müßten die Unternehmen ihre Produktionsstruktur jedoch anpassen bzw. Marktveränderungen berücksichtigen. (XNA, 11.11.93)

In einem Kommentar in der *Financial Times* vom 12.11.93 wird darauf hingewiesen, daß die Anmerkungen Dai Xianglongs sowohl darauf abzielten, den Erfolg der Makrokontrolle herauszustreichen als auch den Staatsbetrieben die Zusicherung zu geben, daß die Zentralbank ihre Probleme ausreichend berücksichtige. So hätte die Zentralbank nach Angaben von Dai ab August die Kreditrestriktionen etwas gelockert. In den ersten zehn Monaten d.J. seien insgesamt 30 Mrd. Yuan mehr Kredite als in der Vergleichsperiode des Vorjahres vergeben worden. -schü-

\*(25)

#### Provinz Anhui verändert Bodenpachtbedingungen in der Landwirtschaft

In der Provinz Anhui, die zu den Pionieren bei der Einführung des Bodenpachtens in der Landwirtschaft

zählt, wurde mit neuen Bedingungen für die Bodennutzung experimentiert. In über 80% der Dörfer in Anhui sollen nunmehr über schriftliche Verträge die Nutzungsflächen angepaßt worden sein. Mehr als 20 Kreise und Städte in Chuzhou und Woyang teilten den Boden auf in 1) Land für den Anbau der Nahrungsmittelration (*kouliang-tian*), in 2) Reserveland (*liudongtian*) und 3) Land, für das die Nutzungsrechte in einer öffentlichen Auktion vergeben werden. Provinzweit gibt es jedoch kein einheitliches System, da lokale Bedingungen unterschiedlich sind.

Weiterhin sei im nächsten Schritt eine Verlängerung der Pachtdauer auf mindestens 50 Jahre, die Vererbung von Nutzungsrechten sowie ihr Handel, die Unterverpachtung des Bodens und die Aufnahme von Hypotheken gegen Nutzungsrechte vorgesehen. Bei Beendigung der Pachtdauer soll dem ursprünglichen Pachtnehmer außerdem das Vorrecht eingeräumt werden, die Pacht für eine neue Laufzeit zu verlängern. Das Brachland sowie nicht genutzte Wasserflächen und Berge sollen vertraglich zur Nutzung freigegeben oder über Auktionen versteigert werden.

Durch diese Veränderungen im Pachtssystem sollen aufgetretene Probleme, wie beispielsweise häufiges Anpassen der Nutzungsrechte aufgrund des Bevölkerungswachstums, das aus der zeitlich stark beschränkten Nutzungsdauer resultierende kurzfristige Verhalten und die stark zergliederte Bebauung, gelöst werden. Aufgrund der feststehenden Relation zwischen zugeteilten Flächengrößen und Arbeitskräften sei außerdem der Transfer von Arbeitskräften behindert worden und hätte dazu geführt, daß die Bauern ihre Nutzungsflächen nicht bewirtschafteten, sondern in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben arbeiteten. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 14.10.93, Text of Report from Hefei, nach SWB 2.11.93) -schü-

\*(26)

#### Steigende Nachfrage nach "Bio-Produkten"

Die *China Daily* berichtet von einer steigenden Nachfrage nach "Bio-Produkten", d.h. Nahrungsmitteln mit geringer Umwelt- und Pestizidbelastung.



Mit der Produktion solcher Nahrungsmittel wurde 1990 begonnen und den Produkten vom Landwirtschaftsministerium ein eigenes Warenzeichen verliehen. Inzwischen gibt es 389 dieser Bio-Produkte, zu denen u.a. Nahrungsmittel wie Gemüse, Früchte, Reis und Tee zählen. Obwohl die Preise um 30-70% höher liegen, soll eine steigende Nachfrage nach Bio-Produkten bestehen.

In Beijing werden Bio-Produkte inzwischen in den meisten Lebensmittelgeschäften und Supermärkten angeboten; in der Hauptstadt existieren 23 landwirtschaftliche Produzenten, die diese Geschäfte beliefern. Als Käufer gelten insbesondere Konsumenten mit einem höheren Bildungsniveau sowie Ausländer. Da der Kauf von Bio-Produkten auch als Statussymbol für Bevölkerungsschichten mit hohem Einkommen gelte, werde hierdurch die Nachfrage weiter erhöht.

Nach Schätzungen wird von einer Steigerung des Verkaufsumsatzes (aktueller Stand nicht genannt) bei Bio-Produkten auf 12 Mrd. Yuan bis zum Dekadenende ausgegangen. Zwischen den Produzenten von Bio-Produkten und südkoreanischen und japanischen Unternehmen sollen bereits erste Handelskontakte bestehen. (*China Daily, Business Weekly*, 14.-20.11.93, S. 1) -schü-

---

## Taiwan

---

\*(27)

### Visumbefreiung für 12 Länder

Am 23. November hat Außenminister Qian Fu (Fredrick F. Chien) einen Regierungsbeschluss bekanntgegeben, nach dem ab 1. Januar 1994 die Bürger folgender 12 Länder vom Visumzwang befreit sind: Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Österreich, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, USA, Japan, Kanada, Neuseeland und Australien. Mit einem mindestens sechs Monate gültigen Reisepaß dürfen Bürger dieser Länder für einen Aufenthalt von maximal 120 Stunden nach Taiwan einreisen, und zwar über einen der internationalen Flughäfen

von Taipei und Kaohsiung (Gaoxiang) sowie die Häfen von Keelung (Jilong) und Kaohsiung. (LHB, 24.11.93)

Ein Komitee der Taiwan Visitors Association wird die neue Visumbefreiung nutzen, um von den genannten Ländern aus Reisen mit besonderen Aktivitäten und Angeboten zu organisieren.

Die visumfreie Einreise sowie die genannten Bemühungen werden Taiwans Tourismusindustrie, die aufgrund der weltweiten wirtschaftlichen Rezession, wegen hoher Reisekosten und anderer Faktoren angeschlagen ist, einen dringend notwendigen Impuls geben. -ni-

\*(28)

### Keine großen Überraschungen bei den jüngsten Wahlen

Am 27. November fanden Wahlen auf Kreisebene statt. Neben den 21 Kreisen und kreisfreien Städten der Provinz Taiwan (ohne die zwei provinzfremden Großstädte Taipei und Kaohsiung) wurden zum erstenmal auch die Regierungen auf den zwei Frontinseln Kinmen (Jinmen, Quemoy) und Matsu (Mazu, Ort des Kreises Lianchiang), die zur Provinz Fujian (Fukien) gehören, aber noch immer unter der Kontrolle der Regierung in Taiwan stehen, gewählt. Abgesehen von diesen Inseln, wo es nur Kandidaten der Regierungspartei KMT (Kuomintang, Guomindang) gab, waren die Wahlkämpfe außerordentlich heftig.

Vor vier Jahren hatte die Oppositionspartei Democratic Progressive Party (DPP) bei den ersten Wahlen nach Beendigung des über 38jährigen Ausnahmezustands (1949-1987) zur großen Überraschung 6 der 21 Kreisvorsteher- und Bürgermeisterämter gewonnen. Ende Februar 1993 wurde außerdem bei einer Nachwahl in Penhu (Pescadores) ein weiterer DPP-Kandidat zum Kreisvorsteher gewählt. Angesichts der inzwischen weiter fortgeschrittenen politischen Liberalisierung und der Spaltung der KMT vor drei Monaten wurde allgemein erwartet, daß die DPP diesmal einen noch größeren Wahlsieg erringen würde. Doch eine erneute große Überraschung ist ausgeblieben.

Von den 21 neugewählten Kreisvorstehern und Bürgermeistern der Provinz Taiwan gehören 13 zur KMT, 6 zur

DPP und 2 zu Parteiunabhängigen. Im Vergleich zum Wahlergebnis von 1989 hat die KMT ein Amt verloren und die Parteiunabhängigen eins zugewonnen, während die Anzahl der DPP-Ämter mit 6 gleichgeblieben ist. Zieht man das erwähnte Nachwahlergebnis von Penghu in Betracht, dann hat die DPP ein Amt verloren und die KMT ihre 13 Ämter beibehalten. Allerdings gehörte der neugewählte Kreisvorsteher von Miaoli, He Zhihui (Her Jhy-hui), ursprünglich zur KMT. Als er ohne Zustimmung der KMT für das Amt kandidierte, wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Darüber hinaus hat die Regierungspartei, wie gesagt, auf den Frontinseln Kinmen und Matsu ohne Gegenkandidaten anderer Parteien mühelos die Wahlen gewonnen. Somit gilt das neue Wahlergebnis als ein kleiner Sieg für die KMT.

Die Wahlbeteiligung am 27. November lag bei 70,68%. Von den 7.526.719 gültigen Stimmen entfielen 47,47% auf die KMT und 41,03% auf die DPP. Im Vergleich zu den Wahlen 1989 ist der Stimmenanteil der KMT um 5,23% gefallen, der Anteil der DPP hingegen um 2,6% gestiegen. Damit hat die KMT zum erstenmal bei Wahlen in Taiwan weniger als 50% und die DPP zum erstenmal über 40% der Stimmen bekommen. In dieser Hinsicht kann man auch von einem Wahlerfolg der DPP sprechen.

Die erst im letzten August von Abweichlern der KMT gegründete Chinese New Party (CNP) konnte 3,06% der Stimmen erringen, doch zusammen mit den mit ihr alliierten parteilosen Kandidaten ergab sich nach Worten des führenden CNP-Politikers Zhao Shaokang (Jaw Shau-kong) ein Stimmenanteil der Partei von 16,6%, wobei der Löwenanteil der Stimmen von den vom chinesischen Festland stammenden Veteranen kam. Obwohl die CNP kein Amt aus den Wahlen erhalten hat, stellt sie sich - besonders im Kreis Taipei und der Stadt Hsinchu (Xinzhu) mit jeweils einem Stimmanteil von 16,32% und 10,06% - als das Zünglein an der Waage zwischen den beiden großen Parteien KMT und DPP dar.

Bei den Wahlen der Regierungschefs auf Kreisebene handelt es sich um die bisher höchsten Direktwahlen in der Regierungshierarchie. Im Vergleich zu den Abgeordnetenwahlen auf allen Regierungsebenen sind die Wahlkreise